

## Resolution der Union Europäischer Föderalisten (19. September 1954)

**Legende:** Am 19. September 1954 nimmt das Zentralkomitee der UEF, unter dem Vorsitz von Henri Frenay, in Paris einstimmig eine EntschlieÙung an über die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft durch die französische Nationalversammlung.

**Quelle:** Informations Fédéralistes. Bulletin intérieur de l'Union Européenne des Fédéralistes. Septembre 1954, n° 18. Paris. "Nach der Ablehnung der E.V.G. geht der Kampf um die Europäische Foederation weiter", p. 2-3.

**Urheberrecht:** Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/resolution\\_der\\_union\\_europaischer\\_federalisten\\_19\\_september\\_1954-de-c99b2ffa-4225-403f-83b8-1fc671f20be5.html](http://www.cvce.eu/obj/resolution_der_union_europaischer_federalisten_19_september_1954-de-c99b2ffa-4225-403f-83b8-1fc671f20be5.html)

**Publication date:** 14/05/2013

## Resolution der Union Europäischer Föderalisten (19. September 1954)

### Nach der Ablehnung der E.V.G. geht der Kampf um die Europäische Föderation weiter

Im Jahre 1950 ging von Frankreich der Gedanke des Vertrages über die E.V.G. aus; 1952 stimmte die französische Nationalversammlung den Grundzügen dieses Vertragswerkes zu. 1954 haben Regierung und Parlament Frankreichs den Vertrag zum Scheitern gebracht.

Frankreich trägt, wenn auch nicht ausschliesslich, eine schwere Verantwortung, denn diese Entscheidung berührt nicht nur Frankreich. Über die westliche Einheit und über die Hoffnung auf die europäische Einheit hinaus, gefährdet sie die Existenz eines jeden Landes der freien Welt. Das Bündnis zwischen Nationalismus und Kommunismus, das die Chancen des Neutralismus in allen europäischen Ländern stärkt, hat Moskau zu einem grossen Siege verholfen.

Die so geschaffene Lage ist äusserst ernst. Überall findet der Nationalismus in der französischen Haltung seine Rechtfertigung und erhebt sein Haupt. In Deutschland öffnet das durch die Niederlage der E.V.G. geschaffene Vakuum in der Aussenpolitik den gefährlichsten Versuchungen Tür und Tor. In Italien wird die Demokratie vom Kommunismus und vom Nationalismus in die Zange genommen. In den Vereinigten Staaten zeichnet sich eindeutig eine Welle isolationistischer Strömungen ab während die Strategen im Pentagon bei der Festlegung ihrer neuen Pläne zwischen der Aufgabe der europäischen Verteidigung und der Achse Bonn-Washington schwanken. Bei den der kommunistischen Herrschaft unterworfenen Bevölkerungen schwächt das Versagen des freien Europa den Widerstand gegen die Bedrücker und führt zur Entmutigung der Menschen.

Wenn nicht eine Aenderung eintritt, werden die nationalistischen Kettenreaktionen von einem zum anderen Land binnen kurzem die materiellen und geistigen Voraussetzungen schaffen, die so oft in der Geschichte Europa zum Ruin und seine Kinder ins Totenhaus gebracht haben.

Fragend stehen die beängstigten Völker diesen düsteren Zukunftsaussichten gegenüber, denn die Probleme, welche zur Lösung die E.V.G. angetan war, bleiben weiter gestellt. Die Bundesrepublik Deutschland muss nach wie vor die Pflichten und Rechte Westeuropas teilen. Angesichts der sowjetischen Hemisphäre, die nicht ablässt zu rüsten, bleibt die Verteidigung des Westens ein kategorischer Imperativ; die deutsche Beteiligung an dieser Verteidigung bleibt eine Notwendigkeit.

Die politische und wirtschaftliche Bindung Deutschlands an den Westen, seine Teilnahme an der gemeinsamen Verteidigung, die Unterlassung jedweder diskriminatorischen Massnahmen gegenüber Deutschland, und somit die Schaffung von Grundlagen für ein von Vertrauen getragenes Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich, das sind die unveränderten Faktoren des grossen Problems unserer Zeit.

Die deutsche Nationalarmee löst dieses Problem nicht. Wir erinnern noch einmal mit besonderem Nachdruck an die Gefahren, die eine deutsche Nationalarmee für die Demokratie der Bundesrepublik ebenso wie für ihre Beziehungen mit den Nachbarländern darstellt. Gefahren, auf welche die Föderalisten und die weitsichtigsten deutschen Politiker unablässig hingewiesen haben.

Formeln wie die Wiederbelebung und Abänderung des Brüsseler Paktes oder die Ausweitung der N.A.T.O. führen uns zu dem traditionellen System der Koalitionen und Bündnisse zurück, deren Unbeständigkeit und folglich deren Gefahr für Europa uns die Geschichte aufweist. Gerade daraufhin wird unvermeidlich hingesteuert, solange Frankreich an der Ablehnung einer integrierten europäischen Armee festhält.

Mit aller Eindringlichkeit wiederholen wir hier nochmals: Allein eine föderale Staatsgewalt kann, unter Beachtung der Verschiedenartigkeit der Heimatländer, mit jedem der Länder unser gemeinsames Erbe schützen.

Frankreich hat die E.V.G. abgelehnt, und mit ihr den gesamten wirtschaftlichen und politischen

Integrationsprozess, der nach wie vor eine gebieterische Notwendigkeit bleibt. Frankreich ist es, wo das Bündnis zwischen nationalistischen und kommunistischen Kräften am stärksten war und bleibt. Und weil Europa ohne Frankreich undenkbar ist, hält Frankreich den Schlüssel zur Lösung des Problems in seinen Händen.

Die Franzosen müssen wissen, dass sie den Zwiespalt innerhalb Europas verschärfen, d.h. den Verfall aller unserer Länder, wenn die gegenwärtige Aussenpolitik ihres Landes nicht geändert wird.

Die Franzosen, und in erster Linie die Parlamentarier, die ihre Verbundenheit zur europäischen Föderation unter Beweis gestellt haben, müssen dringendst Wege und Mittel suchen und finden, um jene Politik umzuwerfen, die ihren sichtbarsten Ausdruck in der Ablehnung der E.V.G. gefunden hat und die, wenn sie zum Ziele kommen sollte, Moskau erlauben würde, die westliche Welt zu Grabe zu läuten.

Vorschläge, Konferenzen und Sachverständigenausschüsse einzuberufen, in welche die Völker und die Partner Frankreichs zu Recht kein Vertrauen mehr haben, sind nicht mehr zeitgemäss.

Voraussetzungen müssen geschaffen werden, die Frankreich in die Lage versetzen, den anderen Regierungen die Einberufung einer Europäischen Verfassungsgebenden Versammlung vorzuschlagen, die nach allgemeinem direkten Wahlrecht gewählt und beauftragt wird, das Statut zur Errichtung politischer europäischer Behörden auszuarbeiten. Dieses Statut muss zur Ratifizierung den Völkern vorgelegt werden.

Um den sich anhäufenden Gefahren zu begegnen und sie abzuwenden, ist von Seiten Frankreichs eine unumstössliche politische Verpflichtung erforderlich, deren Kühnheit allein den Erfolg gewährleisten kann.

Unsere Aktion muss von einer ausgedehnten Volkskampagne begleitet sein. Es ist unerlässlich, dass der in Frankreich geführte Kampf politisch und moralisch von den anderen Nationen im Geiste einer hochherzigen europäischen Solidarität unterstützt wird. Jedem europäischen Land muss aufgezeigt werden, dass immer noch, wie ernst auch die Lage sei, Möglichkeiten der Einigung bleiben, die durch nichts aufs Spiel gesetzt werden dürfen. Es muss gesagt und immer wieder gesagt werden, dass einzig die föderale Union unsere gemeinsamen Probleme löst.

Der Widerstand gegen die E.V.G. hat sich im Grunde gegen den supranationalen Charakter der Institutionen gerichtet. Hier ist die Ebene, auf der wir kämpfen müssen. Die Pflichten, die unsere Bewegung zu übernehmen gedenkt, sind: Den Wert und die Notwendigkeit der föderalen Institutionen darlegen; unterstreichen, dass nur sie heute noch unsere Heimatländer schützen können; den Anachronismus und die Gefährlichkeit des Nationalismus, unter welchem Namen er auch immer auftreten mag, entlarven. Unsere Bewegung muss, nicht nur in Frankreich, sondern in allen europäischen Ländern, die treibende Kraft einer umfassenden föderalistischen Front sein, die über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg, sich für die Einberufung einer Europäischen Verfassungsgebenden Versammlung einsetzt.

Die U.E.F. appelliert an alle europäische Organisationen, an alle Vorkämpfer des europäischen Gedankens, an alle Bürger eines jeden unserer traditionsreichen Länder und beschwört sie, gemeinsam diese letzte und grösste Anstrengung zu vollbringen.